



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/117 - 22.5.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Genfer Zwischenbilanz	S. 1
SED bereitet Suggestiv-Wahlen vor	S. 3
Zur Kritik an den Verfassungsschutzämtern	S. 5

Die Weltmission Großbritanniens

(sp) Das Bild, das die Genfer Konferenz, die nun in die fünfte Verhandlungswoche eintritt, bietet, ist ein Bild äußerster Verwirrung, peinlicher Zwischenfälle, innerer Ratlosigkeit der westlichen Partner auf der einen und äußerlicher Geschlossenheit der östlichen Gegenspieler auf der anderen Seite. Schon organisatorisch war die Genfer Begegnung zwischen West und Ost ein chaotisches Unterfangen, sowohl in den administrativ-technischen Vorkehrungen, wie auch im Hinblick auf das Fehlen fester Vorstellungen über die Ziele. Die Westmächte gingen, als sie in Berlin sich zur Abhaltung der Konferenz entschlossen, völlig unvorbereitet und ohne gemeinsame Absprachen nach Genf.

Am Beginn stand Dulles' Drohung einer "massiven Intervention", die jedoch mehr den Westen durcheinanderbrachte als China und die kommunistische Vietnams erschreckte. Eine Drohung, hinter der nicht die Absicht der Verwirklichung steht - und dieser setzen sich unüberwindliche militärische, politische und psychologische Schwierigkeiten entgegen - wirkt sich gegen den aus, der sie ausspricht. Sie hat faktisch die "kommunistischen Rebellen" in ihren militärischen Anstrengungen ermutigt und sie nun nach dem Fall von Dien Bien Phu bis dicht an die Tore des Deltas geführt, jenes Gebietes, dessen Verlust der französischen Herrschaft in Indochina den Todesstoß versetzen würde.

Dulles' verärgerte Abreise aus Genf überließ der britischen

Verhandlungskunst das diplomatische Feld, eine höchst undankbare, vom Gesichtspunkt der britisch-amerikanischen Beziehungen aus gesehene, Mission, hat sie doch vor aller Welt die tiefgehenden Meinungsunterschiede zwischen diesen Mächten über die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer gemeinsamen militärisch-politischen Aktion in Asien enthüllt. Der Wille der britischen Politik zur Unabhängigkeit, ihre Abneigung, sich an die amerikanische Kette legen zu lassen und die natürliche Vermittlerstellung des Britischen Commonwealth haben der freien Welt den Brückenschlag nach Asien offengelassen und es ermöglicht, daß die Colombo-Konferenz dem chinesischen Außenminister die überzeugendste Antwort auf seine Behauptung geben konnte, allein für die asiatischen Völker sprechen zu dürfen.

Aus dieser einzigartigen Stellung des Commonwealth ergibt sich der Widerwille gegen jeden überhasteten und möglicherweise gerade zu diesem Zeitpunkt provokatorisch wirkenden militärischen Zusammenschluß. Großbritannien legt größten Wert auf die Mitwirkung Indiens als dem neben China entscheidendsten Faktor in Asien, es weiß um die instinktive Abneigung Indiens gegen eine Politik der rein militärischen Machtentfaltung, die allzu leicht mit dem Odium des imperialistischen Denkens behaftet wird, und nur dazu geeignet wäre, die nicht-kommunistischen Völker Asiens der kommunistischen Propaganda in die Arme zu treiben. Dies zu verhindern ist das erklärte Ziel der britischen Politik. Deshalb legt sie so viel Gewicht auf die Mitarbeit Indiens bei der Schaffung eines Systems, das den nichtkommunistischen Staaten Freiheit und Unabhängigkeit gewährleistet.

Dieser Haltung wird in den USA mit Mißtrauen begegnet, die nach dem ungeheuren eigenen Machtzuwachs und dem nicht geringeren des kommunistischen Blockes immer mehr dazu übergehen, in rein militärischen Kategorien zu denken. Es hat sich also nach außen hin ein gewisser Gegensatz zwischen den USA und Großbritannien aufgetan, auf Kosten des westlichen Zusammenhaltes, wie man sich ihn besonders in Washington vorstellt und wie er noch in Berlin ungeschwächt bestand.

Auf den ersten Blick mag diese Entwicklung recht unerfreulich aussehen, denn die Einheit des Westens ist bitter notwendig für die Erhaltung des Weltfriedens. Aber sie hat auch ihre gute Seite. Washington scheint zu einer "peinvollen Überprüfung" der eigenen Außenpolitik bereit, heute allerdings in einem ganz anderen als dem ursprünglichen Sinne. Damals wollte Dulles mit diesem viel zitierten Wort andeuten, daß die USA, wenn es nicht nach ihrem Willen gehe, ihre Verbündeten sich selbst überlassen würden. Der Schreckschuß ging daneben. Daraus hat man wohl inzwischen in Washington den vernünftigen Schluß gezogen, daß die Haltbarkeit und Stärkung der westlichen Allianz - und sei es auch einmal auf Kosten der eigenen Auffassung - das Entscheidende ist.

Dafür spricht die zunehmende amerikanische Bereitschaft, wieder auf die Vereinten Nationen als Instrument der kollektiven Sicherheit zurückzugreifen. Die Aktivierung der USA im Rahmen der UNO ist, so negativ das Bild des bisherigen Konferenzvorlaufes in Genf sein mag, ein verheißungsvolles Teilergebnis. Unabhängig davon, wie Genf schließlich ausgeht, würde eine Stärkung des Ansehens der UNO in jedem Falle die psychologische Atmosphäre im Fernen Osten verbessern und dem Westen den moralischen Rückhalt geben, den er braucht, um die nach Freiheit und Unabhängigkeit strebenden Völker Asiens als Bundesgenossen gewinnen zu können.

Pankow bereitet Wahlbetrug vor

EZ - Berlin

Die SED ist jetzt zu einer neuen Phase ihrer Aktivität übergegangen. Nach Abschluß des "Nationalkongresses der Nationalen Front" wurden auf Anweisung des Zentralkomitees der SED nicht nur die Kreis- und Stadtausschüsse der "Nationalen Front" angewiesen, eine "Volksabstimmung" vorzubereiten, sondern auch die Mitglieder der SED, in ihrem Wohnhaus die Verantwortung für die Bildung eines Komitees zur Vorbereitung der "Volksabstimmung" zu übernehmen. Damit wurden die ersten Schritte unternommen, um die im Herbst fälligen Neuwahlen der sogenannten "Volkskammer" und zu den Bezirkstagen zu einer Wahlfarce zu machen.

Der II. Nationalkongress hat die Stichworte gegeben, unter denen die pseudoparlamentarischen Wahlen in der Zone durchgeführt werden sollen, so daß praktisch den Abstimmenden jede Möglichkeit zu freier Stimmabgabe genommen wird. Das Zentralorgan der SED, das "Neue Deutschland", schrieb vor wenigen Tagen: "Frei Wählen heißt, zwischen zwei entgegengesetzten Möglichkeiten entscheiden, entweder Friedensvertrag und Abzug der Besatzungsgruppen oder EVG-Vertrag und Generalvertrag und Belassung der Besatzungsgruppen auf 50 Jahre".

Mit dieser eindeutigen propagandistischen Formel soll die Entscheidung der Wähler zu einem Stimmenfang für die Thesen der sowjetischen Außenpolitik degradiert werden, ähnlich wie es Hitler tat, als er zum Beispiel das Votum des Volkes für die Rückkehr der Saar zu einer Wahlentscheidung für die NSDAP verfälschte. Die Entscheidung "für den Frieden und gegen die Wasserstoffbombe" soll den Wählern die Möglichkeit nehmen, ein Votum gegen die Politik der SED abzugeben. Dabei hofft die SED in Berlin-Pankow, sozusagen auf dem Nebengleis auch breitere Schichten der westdeutschen Bevölkerung für die Antithese "Friedensvertrag oder EVG" gewinnen zu können, wobei man glaubt, man werde in der Bundesrepublik übersehen, daß der "Frieden" nach sowjetischem Konzept zusammengebraut werden soll.

Im Bewußtsein der Schwäche ihrer eigenen Position schiebt die SED die "Nationale Front" vor, um mit den üblichen patriotischen Phrasen das Volk an der Kandare zu halten. Außerdem wird die Bevölkerung der Propaganda-Offensive internationaler Verbände ausgesetzt, um sie

im Sinne der SED-Politik zu beeinflussen. So ist es kein Zufall, daß am Anfang der Wahlvorbereitung einige in Ostberlin durchgeführte Kongresse nach außen hin neutraler Organisationen stehen, zum Beispiel die "Konferenz der Europäischen Jugend" und, am Ende des Monats, die Tagung des "Weltfriedensrates". Wie aus den östlichen Presseveröffentlichungen hervorgeht, sollen diese Tagungen möglichst nachdrücklich für die sowjetische These "Friedensvertrag gegen EVG" werben!

Schließlich geht man in Berlin-Pankow daran, durch eine allgemeine Herabsetzung der HO-Preise ernsthaften Willen zur Verbesserung der sozialen Lage vorzutäuschen. Der gesamte Haushalt mußte Einsparungen von fünf Prozent vornehmen, und auch zusätzlich wurden Sparsamkeitsmaßnahmen befohlen, um durch eine Budgetentlastung wenigstens einige wenige Preisherabsetzungen vortäuschen zu können. Selbst in den Stellenplänen des Staates und der VEB-Industrie wurden Streichungen vorgenommen, so daß man heute im Staatssekretariat für Hochschulwesen zum Beispiel den Absolventen der Universitäten und Hochschulen erklären muß, angesichts der notwendigen Preissenkung seien für ihre Einstellung vorläufig keine Mittel vorhanden. Schließlich gehört die Propaganda mit dem "Neuen Kurs", das heißt mit der Vergrößerung der Massenbedarfsproduktion im Werte von 1 Milliarde M, zu den Trugbildern, mit denen Berlin-Pankow bei den kommenden Wahlen Stimmenfang treiben will. Wie auch auf diesem Gebiet bloße Versprechungen gemacht werden, zeigt die vom Ministerium für Handel und Versorgung intern herausgegebene Übersicht über die für 1955 geplante Umsatzsteigerung in der Sowjetzone. Sie widerlegt eindeutig die SED-Propaganda mit dem Hinweis, daß selbst im Jahre 1955 bei Fett, Vollmilch, Schmalz keine bessere Versorgung als 1954 zu erwarten sei, bei Zucker sogar eine Verschlechterung. Bei den Massenbedarfsgütern aber verzeichnet die offizielle Einschätzung keine Mehrproduktion: Lederschuhe, Fahrräder und sämtliche Haushaltsgegenstände werden nach der Voraussage der DDR-Regierung keine bessere Versorgung der Bevölkerung mit sich bringen.

So erweist sich jetzt schon die ganze Wahl- und Volksabstimmungspropaganda der SED und der "Nationalen Front" als reiner Täuschungstrick. Deprimierend und peinlich müßte für die Initiatoren freilich die Plumpheit ihrer Methoden sein, die, in der Vergangenheit allzu oft angewandt und entlarvt, so viel von ihrer Wirksamkeit verloren haben.

Die grünen Sofas

K.M. Es hat einmal eine Zeit gegeben, da machte der Verfassungsschutz Ansätze zu Gesprächen mit der Öffentlichkeit. Leitende Männer der Ämter stellten sich zu Diskussionen. Sie gingen auf Anfragen ein. Sie empfingen Besucher. Sie schrieben dann und wann Artikel, (öfter freilich Berichtigungen).

Inzwischen ist das anders geworden. Der Dank für die Bereitschaft zu Gesprächen bestand sehr oft aus Indiskretionen, kleinen Tolpatzigkeiten oder gar aus Unverschämtheiten. Infolgedessen ging beim Verfassungsschutz die Jalousie herunter. Heute zieht er es vor, zu schweigen.

Seitdem scheint es guter Ton geworden zu sein, den Verfassungsschutz für alles verantwortlich zu machen, was schief geht oder nicht ganz durchsichtig ist. Von nah und fern kommen die Bundestanten zusammen, um das schweigsame, etwas unheimliche Tier zu ärgern. Sie stößern mit dem Schirm durch den Zaun. Sie werfen mit kleinen Steinen. Das Tier läßt sich alles gefallen. Es knurrt nicht einmal.

Da ist der Abgeordnete Leonhard Schlüter. Mir ist, sagt er, mir ist der Fall eines Oberregierungsrates bekannt, der dem Verfassungsschutz Informationen gab... Soll ein Oberregierungsrat schweigen, wenn er auf seinem Korridor neofaschistische Kellergerüche wahrnimmt? Sind es nicht gerade auch Oberregierungsräte, von denen man in erster Linie erwarten sollte, daß sie bei der Verhütung von Bränden und kleinen Feuerchen mitwirken?

Aber man muß sich mal den Abgeordneten Schlüter etwas genauer ansehen. Er kommt aus einer Partei (und war sogar ihr Landesvorsitzender), in der es Mode war, mit Feuerchen zu spielen, und für die sich der Verfassungsschutz - hoffentlich - sehr eingehend interessiert hat. Es war nämlich eine ausgesprochen rechtsradikale Partei. Das erklärt vieles. Wesentlich wäre auch, daß sich dieser Leonhard Schlüter nach dem Zusammenbruch vorübergehend zum Kriminaloberinspektor hat machen lassen und zwar als was wohl? - als "ehemaliger Naziverfolger"! Pikant, nicht wahr?

Vor einiger Zeit gab es den Fall Siegel: Ein Mann möchte nach Amerika reisen, bekommt aber das Visum nicht, weil der Verfassungs-

schutz den Amerikanern sagte, Herr Siegel sei Mitglied einer kommunistischen Tarnorganisation. Herr Siegel ist das nie gewesen.

Das war natürlich ein "tolles Stück". Und so erhob sich eine der Bundestanten von ihrem grünen Sofa: Wann alle so schuldig arbeiten wollten! Das ist ja die reine Leichtfertigkeit! Und dabei ist es nur einer von vielen Fällen! Da muss sorgfältiger gearbeitet werden! Das ist ja ein Staat im Staate! Acht Tage später wies ein deutscher Minister nach, dass das alles ganz anders war: der Verfassungsschutz habe den Amerikanern keinerlei Hinweise gegeben, ja, der Verfassungsschutz habe mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun gehabt.

Nun, der Verfassungsschutz selber zieht es vor, zu schweigen. Er schwieg auch hier. Schon darum ist es leicht übertrieben, wenn man da vom Staat im Staate redet - die Gestapo, nebenbeibemerkt, hätte jedenfalls nicht geschwiegen. (Die Männer vom Verfassungsschutz sind ganz gewiss nicht alle Engel. Aber die Tanten sind es auch nicht, und die Schlüters schon gar nicht.)

Wir glauben, dass der Verfassungsschutz seine Aufgaben umso besser und sorgfältiger lösen wird, je mehr man ihn in Ruhe lässt. Der Verfassungsschutz ist zur Bekämpfung radikaler politischer Strömungen da, und das ist eine Aufgabe, die seine Existenz rechtfertigt. Wer ihm diese Arbeit erschwert, der ist weit davon entfernt, der Sache der Demokratie zu dienen. Der gute Demokrat sollte nämlich längst gemerkt haben, dass da System in der Sache ist, und dass es die Schlüters sind, die schon eine ganze Weile daran zu drehen versuchen. Weiss man denn, wie es in der Bundesrepublik aussähe, wenn der Verfassungsschutz nicht da wäre?

Man soll sich also über Oberregierungsräte freuen, wenn sie aufpassen. Man soll den Verfassungsschutz nicht für Dinge verantwortlich machen, mit denen er nichts zu tun hat. Man soll nicht schweigend zusehen, wenn irgendwo in einer stillen Ecke heimlich Dynamit gestapelt wird. Dynamit geht hoch und es kann leicht geschehen, dass dann auch das eine oder andere - grüne Sofa beschädigt wird.